

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten, werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Leipzig, des Polizeipräsidiums Leipzig und des Stadtrats zu Großsch.

Bezugspreis mit illust. Beilage **Volk und Zeit** für einen Monat einschl. Bringerlohn 150 G.-Pfg., für Selbstabholer 140 G.-Pfg. — Durch die Post 2 G.-M. ohne Bestellgeld. — Einzelnummer 10 G.-Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 22721 u. 24506, für die Inseraten-Abteilung 22721. **Postfachkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig:**
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 24596

Inseratenpreise: Die 10geleit. Kolonelle 30 G.-Pfg., bei Platzvorschrift 35 G.-Pfg., Familiennachrichten von Privatn. die 10geleit. Kolonelle 15 G.-Pfg., Reklameseite 1,50 Goldm., Inserate v. ausw. die 10geleit. Kolonelle 35 G.-Pfg., bei Platzvorschrift 40 G.-Pfg., Reklameseite 1,75 Goldm., Annahme bis 9 Uhr vorm.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Manifest der Internationale.

Wir veröffentlichen hier den Wortlaut des Manifestes, das die Internationale am Sonntag in London erlassen hat.

Arbeiter aller Länder!

Heute vor 60 Jahren wurde in der St. Martins Hall in London der Grundstein zur Ersten Internationalen Arbeiterassoziation gelegt. Die Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale hat sich an diesem Gedenktag zu feierlicher Versammlung an der Geburtsstätte der ersten internationalen Organisation des Proletariats versammelt.

Vor 60 Jahren erhielten jene Prinzipien, für die wir heute noch kämpfen, ihre klassische Formulierung in der Inauguraladresse der internationalen Arbeiterassoziation. Vor 60 Jahren fand jene tiefbegründete Solidarität der sozialistischen Arbeiterbewegung auf politischem Gebiet mit den Interessen des Tageskampfes, der in den Gewerkschaften geführt werden muß, ihren ersten Ausdruck. Heute treten die Gedanken, die die Männer in der St. Martins Hall erfüllten, in Erscheinung in den gewaltigen, millionenstarken Organisationen des internationalen Gewerkschaftsbundes und der Sozialistischen Arbeiter-Internationale.

Vor 60 Jahren erklärte die Inauguraladresse: „Das Bohnstüben-gesetz in England war nicht nur ein großer, praktischer Erfolg, es war der Sieg eines Prinzips.“ Heute stehen die Arbeiter aller Länder im entscheidenden Kampf um die endgültige internationale Festlegung des Achtstundentags. Dieser gewaltige Fortschritt, den die Arbeiterklasse sich nicht nur in England, sondern bis weit hinein in schwachindustrielle Länder errungen hat, ist das eindrucksvollste Zeichen der großen Erfolge in den jähren Kämpfen von sechs Jahrzehnten auf sozialpolitischem Gebiet.

Die Inauguraladresse pries die Genossenschaftsbewegung als einen großen Sieg der Arbeit über das Kapital. Wie gewaltig weit es dieser Zweig der Arbeiterbewegung seit jenen Anfängen gebracht hat, zeigt sich in dem gewaltigen Erfolg, den der Internationale Genossenschaftsbund auf seinem Kongress und seiner Ausstellung in Gent in diesem Sommer feiern durfte.

„Die politische Macht zu erobern ist daher jetzt die große Pflicht der Arbeiterklasse.“ So erklärte die Inauguraladresse vor 60 Jahren und schloß die Hoffnung daraus, daß die Arbeiterbewegung nach der Periode der Reaktion nicht nur in England, sondern auch auf dem Kontinent wieder aufzuleben begann. Heute sendet der Vorsitzende der englischen Arbeiterpartei, der Premierminister des britischen Weltreichs unserer Feier seinen Gruß, heute ist die Arbeiterklasse in vielen andern Ländern an der Schwelle der politischen Macht.

Noch ist das Ziel, das die Inauguraladresse gesetzt hat, nicht erreicht, denn in keinem Land hat die Arbeiterklasse noch die wirkliche Herrschaft. Überall, wo Arbeiterregierungen bestehen, sind es irgendwelche Formen von Minderheitsregierungen. Minderheitsregierungen, gestützt auf parlamentarische Konstellation wie in England und Dänemark, gestützt auf Bajonette, die auch gegen Teile der Arbeiterklasse selbst gerichtet sind wie in Rußland. Das wahre Ziel der Inauguraladresse wird erreicht sein, wenn die Proletarier, die die wahre Mehrheit des Volkes sind, zum Bewußtsein ihrer Lage und Aufgabe erwacht sind, wenn diese Proletarier, wie die Inauguraladresse sagt, „in eine Organisation aufgenommen und vom Wissen geleitet ihre Masse in die Waagschale werfen können“. Dann wird der Moment gekommen sein, wo auf den festen Grundlagen der Demokratie die Geschicke der Welt gelenkt werden von der überwältigenden Mehrheit im Interesse der überwältigenden Mehrheit der Menschheit.

„Wenn die Bestreitung der Arbeiterklasse der verschiedenen Nationen ihr heiligerstes Zusammenwirken erschließt, wie soll dieses große Ziel erreicht werden mit einer auswärtigen Politik, die frevelhafte Zwecke verfolgt, nationale Vorurteile ausplekt und in Raubkriegen des Volkes Gut und Blut vergeudet?“ So fragte die Inauguraladresse vor 60 Jahren, und sie antwortet, daß „die Uebergriffe der barbarischen Macht, deren Haupt in St. Petersburg ist und deren Hände in jedem Kabinett Europas sind, die Arbeiterklasse die Pflicht gelehrt haben, sich der Geheimnisse der internationalen Politik zu bemächtigen, die diplomatischen Aktionen ihrer Regierungen zu überwachen, ihnen, wenn nötig, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln entgegenzuwirken“. Das damalige Haupt dieser verbrecherischen Politik ist abgeschlagen, der Jazismus ist beseitigt. Die letzten Autokraten sind gestürzt. Aber noch lange nicht ist in der auswärtigen Politik die Forderung der Inauguraladresse verwirklicht, daß „die einfachen Gesetze der Moral und des Rechts, die die Beziehungen von Privatpersonen regeln sollten, als die obersten Gesetze des Verkehrs der Nationen untereinander gelten“. Noch werden von nur allzuvielen Regierungen „frevelhafte Zwecke verfolgt“, noch werden „nationale Vorurteile ausgespielt“, noch besteht die Gefahr, daß „in Raubkriegen des

Volkes Gut und Blut vergeudet“ werde. Noch haben wir die Pflicht, unser Leben jenen großen Zielen zu weihen, die die Erste Internationale gesetzt, noch haben wir weiterzukämpfen „für eine neue Gesellschaft, die nach innen keine andre Politik kennt als die Arbeit, weil sie nach außen keine andre Politik hat als den Frieden“. Vor 60 Jahren war das Symbol für das Selbstbestimmungsrecht die Forderung der Unabhängigkeit Polens. Die Selbständigkeit Polens ist verwirklicht. Heute bekennen wir uns zu diesem Grundlag der Ersten Internationale, indem wir fordern das Selbstbestimmungsrecht Georgiens als Symbol aller andern Völker, die der Gewaltherrschaft unterworfen sind.

Von der kontinentalen Reaktion Verbannte haben vor 60 Jahren gemeinsam mit englischen Gewerkschaftern die Internationale gegründet. Die Kerker der Reaktion bestehen noch, ja sie sind in manchen Ländern barbarischer als vor 60 Jahren. Aber mit weit herberem Schmerz erfüllt es uns, daß neben den Kerker der Reaktion sich noch erhalten haben die Kerker und Verbannungsorte des zaristischen Rußland. Und in dieser wehevollen Stunde grüßen wir im Gedenken an das heroische Leben von Karl Marx, der die Inauguraladresse geschaffen, im Gedenken an die vielen, die in den Kerker für unsre Sache gestorben sind, grüßen wir unsre Genossen, die in Italien, in Ungarn, in Spanien und in den Kerker des Faschismus in andern Ländern schmachten, grüßen wir unsre Genossen in den Kerker des Volkshemismus, die Verbannten auf den Solowjki-Inseln, grüßen wir die großen Toten unsrer Bewegung, gedenken wir in Trauer unsres ermordeten Matteotti, gedenken wir in Trauer der als Geiseln ermordeten Sozialdemokraten in Georgien. So ist an diesem Gedenktag der Internationale höchste Freude verbunden mit tiefstem Gram. Gram, daß wir nicht nur protestieren müssen gegen die Verfolgungen unsrer kapitalistischen Feinde, sondern auch derer, die ehemals mit uns vereint gewesen sind.

Aber diese Phase der Verzerrung wird ebenso überwunden werden wie der Bakunismus der 70er Jahre. Und dies wird um so eher geschehen, je früher Rußland aus seiner Isolierung befreit ist. Der Vertrag, den Großbritannien mit Rußland sich abzuschließen anschick, kann ein wichtiger Schritt in dieser Richtung sein.

So Schmerzliches wir erleben mußten, dürfen wir uns trotz alledem heute voll und ganz hingeben unsrer Freude über das Wachstum und den Aufstieg der internationalen Bewegung, unsrer Freude, daß lebendige Wirklichkeit wird, was das Sinnen und Hoffen der Männer der St. Martins Hall gewesen.

„Ein Element des Erfolges besitzen die Arbeiter: ihre große Zahl“, verkündet die Inauguraladresse. Auf dieses Element des Erfolges haben wir die Sache unsrer Sozialistischen Arbeiter-Internationale gestellt. Nicht eine Art „aufgeklärter Bolschewismus“ einer proletarischen Minderheitsgruppe kann uns die neue Weltordnung des Sozialismus bringen, sondern nur die Masse selbst, die sich mit sozialistischem Geiste erfüllt. Und daher rufen wir in dieser feierlichen Stunde alle, die noch nicht zu uns gehören, auf, sich uns anzuschließen, Mitkämpfer zu werden in der Arbeit kämpfenden Heer. Alle sind uns willkommen, die gewillt sind, die Entscheidungen der Mehrheit der Arbeiterklasse anzuerkennen, die gewillt sind, auf der Basis des Selbstbestimmungsrechts der Arbeiterklasse den Kampf zu führen gegen den wüsterverderbenden Kapitalismus. Unsre Reihen wachsen, unser Bund wird geschlossen, und mit neuer Siegeszuversicht im Herzen rufen wir euch zu, wie vor 60 Jahren:

Proletarier aller Länder, vereinigt euch!
London, 28. September 1924.
Die Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale.

Deutsche Bedenken gegen die Völkerverbündungskontrolle.

Wenn der offizielle Text der Genfer Protokolle über Abrüstung und Militärkontrolle auch noch nicht vorliegt, so hegt man, wie die Telegraphen-Union erfährt, an Berliner amtlichen Stellen doch schwere Bedenken gegen die bisher bekannten Einzelheiten. Diese Bedenken gelten sowohl dem objektiven Teil der Abmachungen, als auch der bedrohten Gleichberechtigung der Völker. Das Ideal der Völkerverbündungskontrolle wäre, daß sie nicht durch die Siegerstaaten, sondern durch Neutrale ausgebildet würde. Wenigstens müßte sich die Militärkontrollkommission so zusammensetzen, daß die Neutrals auf ihre Beschlüsse entscheidenden Einfluß haben. Die besiegten Staaten sind an einer Teilnahme völlig ausgeschlossen. Wenn es auch ein unmögliches Verlangen wäre, daß Deutschland sich an der Kontrolle im eigenen Lande beteiligt, so könnte ihm als eventuelles Mitglied des Völkerverbundes doch unbedingt das Recht zu, an der Kontrolle in den andern Staaten, beispielsweise Österreich und Ungarn, teilzunehmen. Die hauptsächlichsten Bedenken sind aber die gegen eine Verzerrung der Militärkontrolle.

Die Parteien des politischen Betruges

Hinter dicht verschlossenen Türen tagt im Reichstag seit gestern die Vertreterschaft der deutschnationalen Partei, wie es heißt, in einer Stärke von 500 Mann, um die Partei auf eine gemeinsame politische Linie zu führen und die Rechtsblockregierung zustande zu bringen. Nicht einmal die beiden führenden Parteiblätter Kreuzzeitung und Deutsche Tageszeitung sind zu den Verhandlungen zugelassen, geschweige denn die übrigen kleineren Blätter, denen man noch weniger über den Weg traut als den beiden großen Zeitungen. Den von der Konferenzleitung herausgegebenen frischen Berichten kommt deshalb keine Bedeutung zu; doch ist mit Sicherheit anzunehmen, daß, wenn nach der Tagung der Kräfte beginnt, die Wahrheit doch an den Tag kommt. Bei einer Vertreterversammlung von 500 Teilnehmern zu glauben, daß die Vertraulichkeit gewahrt werden könne, ist Bergglauben. Das ist indes Sorge der deutschnationalen Partei; wichtiger ist, daß diese Partei es nicht wagen darf, ihre Stellung zu den wichtigsten inner- und außenpolitischen Aufgaben in aller Öffentlichkeit darzulegen. Wo soll da das Vertrauen selbst ihrer Anhänger zu ihr herkommen?

Auf Schlechtem Wege und mit Hilfe volksparteilicher Helfer suchen sie sich in die Regierung zu bringen. Die Regierung selbst ist für den Eintritt bereits sturmreif gemacht, der Kanzler Marx will nach den vorliegenden Meldungen die Verhandlungen mit den Parteien, insbesondere mit der deutschnationalen, schon am heutigen Tage beginnen, um die rechtsgerichtete Bürgerblockregierung zustande zu bringen. Die Frage erhebt sich nur, ob er im Auftrage der Regierung handelt, also mit Zustimmung der demokratischen und der Zentrumsmänner, und auf welcher Basis die Verhandlungen geführt werden sollen. Wenn man einer Nachricht glauben darf, so soll Marx eine Regierung mit Einschluß der Sozialdemokratie bilden wollen, worüber an dieser Stelle kein Wort weiter zu verlieren ist. Die Entschließung der Deutschen nationalen besagt, daß sie sich gnädigst herbeilassen wollen, an der Regierung teilzunehmen; die Bedingungen sind auch beigefügt und völlig unmißverständlich: Es gilt, sich Einfluß auf die Auslegung, Handhabung und Verbesserung der Gesetze über das Londoner Abkommen zu verschaffen. Mit einem Worte, es soll der deutschnationale Kurs gesteuert werden. Daß er zu einem zweiten Versailles führen würde, bedarf keiner Begründung, nur politische Rindsoöpfe können dies bestreiten. Für die Deutschen nationalen steht noch ein anderes auf dem Spiel: Der völlige Zerfall ihrer Partei. Gelingt es ihnen nicht, auf dem eben beschrittenen neuen Wege zum Ziel zu kommen, so fällt die Partei auseinander. Diese Verzerrung findet ihren Ausdruck in den Einleitungsätzen der Entschließung. Sie muß deshalb mit allen Mitteln versuchen, ihr Ziel zu erreichen. Eine über jedem Zweifel erhabene tatkräftige Hilfe findet sie in der Deutschen Volkspartei. Wie weit das Zusammenarbeiten beider geht, zeigt die Meldung, daß volksparteiliche Mitglieder an der Ausarbeitung der Entschließung mitgearbeitet haben, die der Konferenz unterbreitet und von ihr angenommen wurde. Damit ist aber auch die Volkspartei ihrerseits an das deutschnationale Aktionsprogramm gebunden und kann nicht mehr zurück, selbst wenn sie es wollte. Die ganze politische Schiebung zum Bürgerblock hin ist von der Deutschen Volkspartei erst eingefädelt worden und ist nichts anderes als ein glatter Verrat an den beiden anderen Regierungsparteien: Zentrum und Demokraten. Während der Reichskanzler noch am letzten Tage der Beratung der Dawesgesetze öffentlich erklärte, es beständen mit den Deutschen nationalen keine Abmachungen über die Zustimmung zu den Gesetzen, hatten Koalitionsgenossen solche getroffen; Marx stand als Mannierter und Geladener da. Kaum war der Reichstag geschlossen, ging das Treiben zur Bürgerblockregierung in verstärktem Maße weiter und fand in dem Beschlusse der Volksparteiler, die deutschnationalen sollten in die Regierung eintreten, und in der Rede Stresemanns vom letzten Sonnabend ihre Krönung. Und das, nachdem die Deutschen nationalen in ihrer Mehrheit sämtliche Gesetze, die es jetzt auszuführen gilt, abgelehnt haben. Ein schlimmeres Spiel mit den Reichsinteressen, als es die Volkspartei jetzt treibt, ist seit 1914 nicht mehr getrieben worden. Mit der Ablehnung des Sachverständigen-gutachtens und mit dem Aufwertungschwindel haben die deutschnationalen den Wahlkampf geführt. Als es galt, die Konsequenz aus ihrer Wahlpolitik zu ziehen, fielen sie in beiden Fragen um; für die Zustimmung zu den Gesetzen kommandierten sie mehr Mitglieder ab, als zur Zweidrittelmehrheit notwendig war, um nur ja die Annahme der Gesetze nicht zu gefährden. Und jetzt wollen dieselben politischen Betrüger in die Regierung, um die innere Politik in ihrem Sinne durchzuführen. Und dieses freule Spiel mit den Reichs- und Volksinteressen unterstützt die Volkspartei. Diese Partei, diese ehemaligen Nationalliberalen, sind die wahren Schuldigen und Verantwortlichen für all das, was aus der neuen Situation entsteht. Sie sind die Schuldigen an der Reaktionspolitik vor und während des Krieges; sie haben seit 1918 gegen die Republik mit aller Macht gearbeitet; sie sind im August 1923 in die Regierung eingetreten, angeblich um die Sanierung durchzuführen, in Wirklichkeit haben sie ihre